

# Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i> . . . . .	V
<i>Gliederung</i> . . . . .	VII
<i>Inhaltsverzeichnis</i> . . . . .	IX
<i>Abkürzungsverzeichnis</i> . . . . .	XXIX
<i>Einleitung</i> . . . . .	1
I. Staatlichkeit als Grundform des politischen Gebundenseins . . . . .	1
II. Die Hauptanliegen der Untersuchung . . . . .	3
1. Inhaltliche Ansprüche: Staatlichkeit und Staatsform im europäischen Kontext – verfassungstheoretische Analyse und juristische Behandlung . . . . .	3
2. Begriffssystematische Ansprüche: Sachfragen und Denkschablonen im Kontext der europäischen Konstitutionalisierungsdebatte . . . . .	4
3. Wissenschaftlich-methodische Ansprüche: staatswissenschaftliches Erkenntnisbestreben und verfassungspolitische Ambition. . . . .	5
4. Phänomenologische Ansprüche: überstaatliche Verfassunggebung und Staatlichkeitsübergang als Kategorien des Verfassungsdenkens	6
5. Terminologische Ansprüche: Identifikation und Lösung begrifflicher Dissonanzen im Kontext der europäischen Verfassungsdebatte . . . . .	9
III. Terminologische Diagnostik: Begriffsverwirrungen und Begriffsverzerrungen im europäischen Verfassungsdiskurs . . . . .	10
1. Stoffbedingte Verständigungshürden: die Unzulänglichkeit der begrifflichen Deduktion . . . . .	10
2. Diskursbedingte Verständigungshürden: Umprägung und Manipulation verfassungstheoretischer Grundbegriffe . . . . .	14
3. Sprachbedingte Verständigungshürden: Reibungsverluste durch semantische und gedankliche Inkongruenzen im multilingualen Diskurs . . . . .	16

IV. Methodenprobleme im Grenzbereich: Konstitutionalisierungstheorien zwischen Norm und Faktum . . . . .	18
1. Prozesse als Fakten, Theorien als Gegenstand der Kritik . . . . .	18
2. Empirische Stoffsichtung, geisteswissenschaftliche Systembildung und juristische Normexegese: Untersuchungsmittel und Untersuchungsfelder . . . . .	19
V. Die Staatlichkeit, ihr Übergang auf die Union und dessen juristische Folgen: der Untersuchungsverlauf . . . . .	21
 <i>Erstes Buch: Bindungen</i> . . . . .	25
Einführung in das Erste Buch . . . . .	25
1. Abschnitt: Die grundlegende politische Bindung des Gemeinwesens und deren Ausschließlichkeit . . . . .	27
I. Staat und Status: die Definition der Staatlichkeit im Hinblick auf die Muster des politischen Gebundenseins . . . . .	27
1. Die Ordnung der öffentlichen Sphären als Zusammenspiel unterschiedlicher Regelungsebenen . . . . .	27
2. Staatlichkeit als Muster des politischen Gebundenseins: theoretische Herleitungen einer grundlegenden Bindungsstruktur	28
a. Die Annahme unabgeleiteter Hoheitsstrukturen aus denknotwendigen Gründen (Staatlichkeit als Maßstabsbegründung)	28
b. Die Ausschließlichkeit der unabgeleiteten Hoheitsstruktur aus formal-theoretischer Perspektive . . . . .	30
II. Die grundlegende politische Bindung der individuellen Subjekte und ihre Abgrenzung als Gemeinwesen innerhalb des politischen Raums	32
1. Zusammengehörigkeitsbewußtsein und einheitstiftende Ordnungsidee . . . . .	32
a. Zusammengehörigkeitsvorstellungen als Ursprung des politischen Gebundenseins . . . . .	32
b. Staatlichkeitsbegründung und faktischer Zwang . . . . .	35
2. Staatlichkeitsrelevante Konsequenzen eines grundlegenden politischen Gebundenseins: die Entstehung der staatlichen Ordnung als äußerer Raum und innere Form . . . . .	37
a. Der Staatlichkeitsanspruch in seiner territorialen Fixierung . . . . .	37
b. Räumliche Einheit und innere Ordnung . . . . .	38
III. Das Verhältnis von Mensch und Staat unter dem Gesichtspunkt der letztverantwortlichen Bindung . . . . .	39
1. Verbundenheit und Einbezogenwerden als real sich vollziehende Staatlichkeitsgründe . . . . .	39

2. Höchstverbindlicher Befolgsanspruch und letztverantwortliche Rechtsverbürgung . . . . .	40
3. Probleme der individuellen politischen Identität . . . . .	42
IV. „Staatlichkeit“ als Hoheitsgewalt, als Aufgabeninhaberschaft und als die Summe dreier Elemente: Abgrenzungsfragen eines bindungsbezogenen Staatlichkeitsdenkens . . . . .	44
1. „Staatlich“, „hoheitlich“ und „privat“: Funktionen des Staatsbegriffs in der Abgrenzung der Sphären von Staat und Bürger . . .	44
2. Frieden, Freiheit und Sicherheit: Grund und Grenzen einer aufgabenbezogenen Staatlichkeitsbeschreibung . . . . .	45
3. Volk, Gebiet und Gewalt: die Drei-Elemente-Lehre als Richtschnur der Völkerrechtspraxis . . . . .	46
V. Zwischenergebnis: Staatlichkeitsbestand und Staatlichkeitsbelege . .	48
2. Abschnitt: Recht und Verfassung als die maßgeblichen Umsetzungsformen eines letztentscheidenden politischen Gebundenseins . . . . .	50
I. Verfassungsrecht als die Vermittlung der Ordnungsvorstellung . . .	50
1. Das Sichtbarmachen der Ordnung durch die rechtliche Form . . .	50
2. Verfassungsrecht als die Verankerung von Ordnungskomponenten	51
3. Politische Bindung und verfassunggebende Gewalt: die Lehren vom <i>pouvoir constituant</i> unter dem Gesichtspunkt der Ordnungsbegründung . . . . .	53
4. Konstitutionalisierung als Akt und Prozeß . . . . .	56
5. Legitimität als Kongruenz von Idee und Ordnung . . . . .	57
a. Die Definition der Legitimität als Kongruenzverhältnis: Grundsatz und legitimitätstheoretische Implikationen . . . . .	57
b. Normative und soziale Legitimität . . . . .	59
c. Erfüllte Erwartungen als Wirksamkeitsbedingung: zum Konzept von Input- und Output-Legitimität . . . . .	60
d. Legitimität von Einzelakten und Ordnungsgesamtheit . . . . .	61
II. Rechtliche Ordnung und grundlegendes politisches Gebundensein .	62
1. Das Wesen der rechtlichen Ordnung im Konzept eines bindungsbezogenen Staatlichkeitsdenkens . . . . .	62
a. Rechtliche Regeln als Mittel zur Einbindung des einzelnen in die Ordnungsgesamtheit . . . . .	62
b. Charakter und Einheit der Rechtsordnung als Gesamtheit von Ableitungsverhältnissen . . . . .	63
c. Rechtsstrukturen der Gemeinschaft im Innern und Äußern: die Gemeinsamkeit ihrer Geltung . . . . .	65
2. Rechtsableitungsverhältnisse im Inneren einer unabhängigen Ordnung (am Beispiel des Grundgesetzes) . . . . .	66

3. Rechtsableitungsverhältnisse im Hinblick auf die Außenbeziehung des Staates (Geltungsgründe des Völkerrechts) . . . . .	67
a. Völkerrecht als Ordnungsbestandteil. . . . .	67
aa. Notwendigkeit und Mechanismus: Koordinationsfunktionen des Völkerrechts . . . . .	67
bb. Kategoriale Unterschiede und gemeinsamer Geltungsgrund: Monismus und Dualismus als Perspektivenfrage (zum Verhältnis von Verfassungs- und Völkerrecht) . . . . .	68
b. Die Bedeutung der staatlichen Ordnung für die Genese von Völkervertrags- und Völkergewohnheitsrecht. . . . .	71
c. Geltungsanordnung und Statuszuweisung: die Behandlung des Völkerrechts durch die Verfassung . . . . .	74
III. Rechtstheoretisches Resümee. . . . .	77
1. Ordnungsdenken und Grundnormkonzept . . . . .	77
2. Grundnormerkenntnis und politischer Raum: die Bestätigung der grundlegenden politischen Bindung im Falle des Grundnormkonflikts . . . . .	79
IV. Zwischenergebnis: Staatlichkeit und rechtliche Ordnung . . . . .	82
3. Abschnitt: Souveränität und Föderalismus im ordnungsbezogenen Staatlichkeitsdenken . . . . .	83
I. Perspektivische Unzulänglichkeiten einer personifizierenden Staatlichkeitskonzeption in den Auseinandersetzungen um Föderalismus und Souveränität. . . . .	83
II. Föderalismuskonzeptionen unter Staatlichkeitsaspekten . . . . .	84
1. Die unabgeleitete Ordnung der öffentlichen Sphären im föderalen Verbund . . . . .	84
2. Bundesformen . . . . .	86
a. Bundesstaat und Staatenbund: die hergebrachte Dichotomie . .	86
b. Bundesstaatlichkeit als Ordnungskonzept: zur Wesensbesonderheit föderal motivierter Staatlichkeitsformen . . . . .	88
c. Die Renaissance der Lehre vom Bund im Kontext der Integration. . . . .	91
d. Legitimitätsvermittelnde Ableitungsketten in föderalen Systemen. . . . .	95
III. Souveränitätskonzepte im Kontext von Bindung und Ordnung . . . . .	96
1. Die Ordnung als Bezugspunkt der Souveränität . . . . .	96
2. Das ordnungsbezogene Souveränitätskonzept in fünf perspektivischen Verdeutlichungen . . . . .	99
a. Die wesensbeleuchtende Perspektive: zur Verkürzung der Souveränitätsfrage in den Theoremen von souveräner Norm und souveräner Macht . . . . .	99

b. Die trägerbezeichnende Perspektive: zum Zusammenhang von Verbands- und Organsouveränität . . . . .	101
c. Die geschichtsbezogene Perspektive: zum Unterschied von Volks- und Fürstensouveränität. . . . .	103
d. Die raumbeschreibende Perspektive: zu den Gemeinsamkeiten von innerer und äußerer Souveränität . . . . .	105
e. Die momentbestimmende Perspektive: zur Wahrnehmbarkeit der Souveränität im Normalfall und im „Ausnahmezustand“ . . . . .	107
3. Eigenschaften der Souveränität: Unteilbarkeit und Unversieglichkeit . . . . .	109
a. Das Scheinproblem der Teilbarkeit . . . . .	109
b. Unversieglichkeit der Souveränität und Effizienz der Ordnung .	111
IV. Zwischenergebnis: Zur Bedeutung von Souveränität und Bundesstaatlichkeit im europäischen Integrationsprozeß . . . . .	113
4. Abschnitt. Staatlichkeitsindizien in der rechtlichen Struktur . . . . .	115
I. Die Höchstrangigkeit der Verfassungsstruktur als Ausgangspunkt der Staatlichkeitsbestimmung. . . . .	115
1. Unabgeleitete Verfassungsgeltung und unbedingter Verfassungsvorrang als Konsequenzen der verfassungsmarkierenden Höchstrangigkeit . . . . .	115
2. Sonderfragen der Staatlichkeitsbestimmung im Mehrebenenverbund. . . . .	116
a. Die „Verfassungsautonomie“ von nachgeordneten Verbänden .	116
b. Konzepte des ebenenübergreifenden Verfassungsverbunds . .	118
3. Staatlichkeitskriterien für den Fall des Staatlichkeitsübergangs .	120
III. Staatlichkeitskriterien im Hinblick auf die Vorgänge der Rechts-erzeugung. . . . .	121
1. Erstes Kriterium: Die Regeln der Änderbarkeit . . . . .	121
a. Staatlichkeit als Geltungskreis unabgeleiteter Rechtsänderungsregeln. . . . .	121
b. Änderungsregeln als Unterscheidungskriterium bundesstaatlichen und staatenbündischen Geeintseins: Brauchbarkeit und Grenzen . . . . .	123
2. Zweites Kriterium: Die Kompetenzhoheit des Staates in seinem Innern . . . . .	125
a. Staatlichkeit als Zuständigkeit zur grundlegenden Ordnung der Rechtsetzungskompetenzen. . . . .	125
b. Kompetenzdelegationen als Einsetzung nachrangiger Ordnungsstrukturen . . . . .	127
c. Grenzen einer kompetenzordnungsbezogenen Staatlichkeitsbestimmung: die Zuordnung von Ebene und Organ. . . . .	128

IV. Staatlichkeitsindizien im Hinblick auf die Rechtsinhalte . . . . .	129
1. Drittes Kriterium: der Anspruch des Staates auf erschöpfende Zuständigkeit (die sachliche Einheit der Ordnung) . . . . .	129
a. Staatlichkeit als originäre Sachzuständigkeit . . . . .	129
b. Allzuständigkeitsanspruch und Letztverantwortlichkeit . . . . .	130
c. Essentielle Sachzuständigkeiten staatlicher Ordnung? . . . . .	131
2. Viertes Kriterium: die Hoheit der institutionellen Organisation (die organisatorische Einheit der Ordnung) . . . . .	133
3. Fünftes Kriterium: das staatliche Gewaltmonopol (die Zwangsmittelheit der Ordnung) . . . . .	134
4. Sechstes Kriterium: die Rechtsnatur der Austrittsentscheidung (die räumliche Einheit der Ordnung) . . . . .	136
a. Staatliche Einheit und territoriale Integrität . . . . .	136
b. Austrittsrecht und Sezession . . . . .	137
c. Austrittsrechte als Staatlichkeitskriterium: Schwierigkeiten im Hinblick auf Abgrenzungs- und Anwendungsfragen . . . . .	138
aa. Völkerrechtswidrige Vertragsbeendigungen und staatlichkeitsbestimmende Sezessionen: Kriterienrelativierung, Zirkelschluß-Gefahren und Staatlichkeitsbedingtheit der Unterscheidungen . . . . .	138
bb. Austrittsklauseln in bundesstaatlichen Verfassungsgesetzen . . . . .	139
cc. Juristische Optionen und faktischer Zwang . . . . .	141
V. Staatlichkeitskriterien im Hinblick auf Rechtskontrolle und Rechtsdurchsetzung . . . . .	142
1. Siebtes Kriterium: die verfassungsgerichtliche Letztentscheidungsbefugnis . . . . .	142
2. Achte Kriterium: Rechtliche Aufsichtsinstrumentarien . . . . .	144
a. Rechts- und Fachaufsicht über abgeleitete Hoheitsstrukturen, Selbsteintrittsrechte . . . . .	144
b. Sonderfragen: Rechtskontrolle und Rechtsdurchsetzungsmechanismen gegenüber autonom agierenden Herrschaftsstrukturen . . . . .	145
VI. Staatlichkeitskriterien im Hinblick auf das Außerkrafttreten rechtlicher Ordnungsstrukturen . . . . .	146
1. Neuntes Kriterium: die Legalität der Auflösung untergeordneter Herrschaftskomplexe . . . . .	146
a. Die Abschaffung hoheitlicher Verbände – von oben herab und durch ihre Glieder . . . . .	146
b. Verfassungsrechtliche Bestandsverbürgungen bundesstaatlicher Gliedeinheiten und ebenenübergreifende Auflösungsverfahren als gegebene und potentielle Abschwächung des Staatlichkeitsfazits . . . . .	148

2. Zehntes Kriterium: die Auffindbarkeit änderungsfester Verfassungsinhalte . . . . .	149
a. Änderungsfeste Verfassungsinhalte als Staatlichkeitsindiz. . . . .	149
b. Sonderfragen: Ewigkeitsklauseln im Landesverfassungsrecht . . . . .	151
VII. Zwischenergebnis: die zehn Kriterien im Zusammenspiel . . . . .	152
 <i>Zweites Buch: Übergänge . . . . .</i>	 155
Einführung in das Zweite Buch . . . . .	155
1. Abschnitt: Europas Staatlichkeit im gegenwärtigen Zustand . . . . .	157
I. Die Autonomie des europäischen Gemeinschaftsrechts als Grundfrage der europäischen Staatlichkeitsthematik . . . . .	157
1. Der Zusammenhang von Autonomiegesichtspunkt und Staatlichkeitsfrage . . . . .	157
2. Der Standpunkt der nationalen Verfassungsorgane: die abgeleitete Geltung der Gemeinschaftsrechtsordnung kraft mitgliedstaatlicher Verfassungsbestimmung . . . . .	158
a. Argumente gegen eine unabgeleitete Geltung des Gemeinschaftsrechts . . . . .	158
b. Argumente gegen einen Vorrang des Gemeinschaftsrechts vor höchsten mitgliedstaatlichen Verfassungsgrundsätzen . . . . .	161
3. Die Autonomiethese des Europäischen Gerichtshofs . . . . .	165
4. Der Autonomiediskurs als die Begegnung zweier Staatlichkeitsansprüche . . . . .	167
5. Der Vorrang des Unionsrechts nach Art. I-6 EV: „primacía“ und „supremacía“ im Verhältnis von mitgliedstaatlichem und gesamt-europäischem Recht . . . . .	169
II. Zur weiteren Vorgehensweise: erkenntnisbezogene Beschränkung und sachbezogene Schematisierung der rechtsstrukturellen Staatlichkeitsbestimmung . . . . .	171
1. EUV und EGV als Gegenstände der Untersuchung, Verhaltensweisen im Zweifelsfall . . . . .	171
2. Das Untersuchungsschema: der völkerrechtliche Ausgangspunkt und seine weiteren Entwicklungsschritte . . . . .	172
III. Der Staatlichkeitsbestand in der EU im Spiegel der zehn verfassungsrechtlichen Kriterien . . . . .	173
1. Das erste Kriterium: die Änderbarkeit des EG-Primärrechts . . . . .	173
a. Vertragsänderungen im Völkerrecht . . . . .	173
b. Änderungsregeln im EU-Primärrecht . . . . .	175
c. Änderungsregeln in der Rechtsprechung des EuGH . . . . .	177

d. Änderungsmodalitäten im Verfassungsvertrag . . . . .	178
e. Die Zwischenbilanz zum ersten Kriterium . . . . .	180
2. Das zweite Kriterium: zur Frage einer gemeinschaftlichen Kompetenzhoheit . . . . .	180
a. Kompetenzzusammenhänge im Völkerrecht . . . . .	180
b. Die Kompetenzhoheit nach dem Recht der Verträge . . . . .	180
aa. Art. 5 UAbs. 1 EGV als Grundentscheidung der europäischen Kompetenzverteilungskonzeption . . . . .	180
bb. Zur Funktion von Art. 6 Abs. 4 EUV . . . . .	181
c. Die Frage der Kompetenzkompetenz in der EuGH-Rechtsprechung . . . . .	182
d. Die Frage der Kompetenzzuweisung im Verfassungsentwurf . .	183
e. Die Zwischenbilanz zum zweiten Kriterium . . . . .	183
3. Das dritte Kriterium: zum staatlichen Allzuständigkeitsanspruch . . . . .	183
a. Allzuständigkeitsfragen im Völkerrecht . . . . .	183
b. Zuständigkeitsfragen nach dem Recht der Verträge . . . . .	184
aa. Zuständigkeitszuweisungen im Verhältnis von Gemeinschaft und Mitgliedstaaten . . . . .	184
bb. Die Abrundung ungereimter Zuständigkeitslücken durch Art. 308 EGV . . . . .	185
cc. Verhältnismäßigkeit und Subsidiarität als Kompetenzbeschränkungsmechanismen (Art. 5 UAbs. 2, 3 EGV) . . .	186
c. Allzuständigkeitsfragen in der EuGH-Rechtsprechung . . . .	188
d. Allzuständigkeitsmomente im Verfassungsentwurf . . . . .	189
e. Die Zwischenbilanz zum dritten Kriterium . . . . .	191
4. Das vierte Kriterium: zur Hoheit der Gemeinschaft über ihre institutionelle Architektur . . . . .	191
a. Die Einrichtung internationaler Institutionen durch völkerrechtliche Abkommen . . . . .	191
b. Organbestellung und Organbesetzung im Recht der Verträge . .	191
aa. Die Ableitung der EG-Organe aus den Verträgen . . . . .	191
bb. Der Rat der EG . . . . .	192
cc. Die EG-Kommission . . . . .	193
dd. Das Europäische Parlament . . . . .	194
ee. Weitere EG-Organe . . . . .	195
c. Fragen der institutionellen Architektur in der Rechtsprechung des EuGH . . . . .	196
d. Fragen der Organisationshoheit im Verfassungsvertrag . . . .	196
e. Die Zwischenbilanz zum vierten Kriterium . . . . .	198
5. Das fünfte Kriterium: zur Frage eines gemeinschaftlichen Gewaltmonopols . . . . .	199
a. Gewaltableitungen im Völkerrecht . . . . .	199
b. Die Frage der Gewalthoheit im Recht der Verträge . . . . .	199
c. Fragen der Gewalthoheit in der EuGH-Rechtsprechung . . . .	200

d. Fragen der Gewalthoheit im Verfassungsvertrag . . . . .	201
e. Die Zwischenbilanz zum fünften Kriterium. . . . .	201
6. Das sechste Kriterium: zum Fortbestand des Austrittsrechts . . . . .	202
a. Austrittsfragen im Völkerrecht . . . . .	202
b. Austrittsmöglichkeiten nach dem Recht der Verträge. . . . .	202
c. Austrittsrechte in der Rechtsprechung . . . . .	204
d. Die Austrittsklausel im Verfassungsentwurf (Art. I-60 EV) . . .	204
aa. Der Inhalt ihrer Regelung . . . . .	204
bb. Die verfassungstheoretische Beurteilung von Art. I-60 EV .	205
e. Die Zwischenbilanz zum sechsten Kriterium . . . . .	205
7. Das siebte Kriterium: die gerichtliche Letztentscheidungsbefugnis des EuGH . . . . .	205
a. Letztentscheidungsbefugnisse internationaler Gerichte . . . . .	205
b. Gerichtliche Letztentscheidungszuständigkeiten im Recht der Verträge . . . . .	207
c. Der Standpunkt des EuGH im Gegensatz zum Standpunkt der nationalen Verfassungsgerichte . . . . .	207
d. Gerichtliche Letztentscheidungszuständigkeiten im Verfassungsvertrag . . . . .	209
e. Die Zwischenbilanz zum siebten Kriterium . . . . .	209
8. Das achte Kriterium: Rechtsaufsicht und Bundeszwang in der EU	209
a. Rechtsdurchsetzungsmechanismen im Völkerrecht. . . . .	209
b. Möglichkeiten zur Durchsetzung des EG-Rechts gegenüber den Mitgliedstaaten im geltenden Primärrecht . . . . .	210
c. Die Frage der zwangsweisen Durchsetzung von EG-Recht gegen die Mitgliedstaaten in der Rechtsprechung des EuGH . .	211
d. Möglichkeiten zur Durchsetzung des EG-Rechts gegenüber den Mitgliedstaaten im Verfassungsvertrag . . . . .	212
e. Die Zwischenbilanz zum achten Kriterium . . . . .	212
9. Das neunte Kriterium: zur Legalität der Auflösungsentscheidung.	212
a. Die Auflösungsfrage im Völkerrecht . . . . .	212
b. Auflösungsmöglichkeiten nach dem Recht der Verträge . . . .	213
c. Die Auflösungsfragen in der Rechtsprechung des EuGH . . . .	214
d. Die Auflösungsfrage im Verfassungsentwurf . . . . .	215
e. Die Zwischenbilanz zum neunten Kriterium . . . . .	215
10. Das zehnte Kriterium: zum Bestand änderungsfester Verfassungsinhalte . . . . .	216
a. Änderungsfeste Normeninhalte im Völkerrecht . . . . .	216
b. Änderungsfeste Normen in EGV und EUV . . . . .	216
c. Änderungsfeste Verfassungsstrukturen in der EuGH-Rechtsprechung . . . . .	218
d. Änderungsfeste Normenbestände im Verfassungsvertrag . . . .	219
e. Die Zwischenbilanz zum zehnten Kriterium . . . . .	219

IV. Der Staatlichkeitsbestand in den EU-Mitgliedstaaten (am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland) . . . . .	220
1. Staatlichkeitsindizien als Zuordnungs-Entweder-Oder. . . . .	220
2. Bestandsaufnahme in mitgliedstaatlicher Hinsicht . . . . .	220
V. Zwischenergebnis: Die Staatlichkeit der EG – gegenwärtiger Zustand und künftige Perspektive . . . . .	223
2. Abschnitt: Schritte zum gesamteuropäischen Bundesstaat . . . . .	225
I. Reformen zur juristischen Vollendung der bundesstaatlichen Struktur . . . . .	225
II. Änderungen im Recht der Vertragsrevision . . . . .	226
1. Die Einbeziehung europäischer Organe in Vorgänge der Primärrechtsgestaltung . . . . .	226
2. Primärrechtsänderungen durch Mehrheitsentscheidungen . . . . .	229
3. Abgestufte Änderungsmechanismen: die Vorschläge zur Zweiteilung des Primärrechts . . . . .	230
4. Ewigkeitsklauseln und änderungsfeste Verfassungsinhalte . . . . .	232
III. Der Ausbau des Verfassungsvorrangs . . . . .	232
1. Der Vorrang des Primärrechts vor mitgliedstaatlichem Verfassungsrecht. . . . .	232
2. Feststellungen der Verfassungswidrigkeit untergeordneten Rechts	233
IV. Staatlichkeitsrelevante Änderungen im Kompetenzverteilungssystem . . . . .	234
1. Eindimensionale Zuständigkeitszuweisungen an die Mitgliedstaaten durch das EG-Recht . . . . .	234
2. Zweidimensionale Kompetenzzuordnungsregeln: die Verteilung der Zuständigkeiten an Mitgliedstaaten und Union durch das EG-Recht. . . . .	235
V. Staatlichkeitsrelevante Reformschritte im Bereich der Kompetenzkontrolle. . . . .	237
1. Zuständigkeiten des EuGH in Kompetenzverletzungsverfahren. .	237
2. Die Einrichtung eines europäischen Kompetenzgerichtshofs. . . .	238
3. Die Einsetzung eines EU-Kompetenzausschusses . . . . .	239
VI. Reformen des Institutionengefuges. . . . .	240
1. Der Ausbau des Parlamentarismus . . . . .	240
a. Das EP als Gesetzgeber und als Kontrollorgan . . . . .	240
b. Modifikationen des europäischen Wahlrechts unter dem Gesichtspunkt der Gleichheit . . . . .	243
2. Die Umstrukturierung des Rates . . . . .	244
a. Vetoausschluß und Mehrheitsentscheidung . . . . .	244

b. Der Rat als zweite Kammer . . . . .	245
c. Die Preisgabe der Ratsfunktionen in einem Senatsmodell . . . . .	246
3. Der Ausbau der EG-Kommission zur Regierung . . . . .	247
a. Die Begründung ihrer parlamentarischen Verantwortlichkeit . .	247
b. Anzahl und Staatsangehörigkeit der Kommissare. . . . .	248
c. Die Aufgaben der Kommission an der Spitze einer gesetzes- vollziehenden Behördenhierarchie . . . . .	250
VII. Weitere bundesstaatstypische Verfassungsinhalte . . . . .	251
VIII. Zwischenergebnis: staatlichkeitsforcierende Rechtsstrukturen in der Union als politisches Experiment mit verfassungsrechtlichen Formen .	252
3. Abschnitt: Staatsgründungsakte und Staatlichkeitswahrnehmung – mögliche Vorgehensweisen zur Einrichtung der gesamteuropäischen Staatlichkeit. . . . .	254
I. Verfahrensoptionen im Staatlichkeitskontext . . . . .	254
1. Die Entstehungsweise der Ordnung als Aspekt ihres Wesens . .	254
2. Die Rolle des Volkes als <i>pouvoir constituant</i> und deren Wahr- nehmbarkeit im europäischen Konstitutionalisierungsprozeß . .	255
II. Staatlichkeitstypische Umstände der Verfassungsentstehung . . .	257
1. Zum Zusammenhang von Verfassungsberatung und Staatlichkeitsfrage . . . . .	257
2. Die Ausarbeitung staatlichkeitsrelevanter Normierungsentwürfe im europäischen Integrationsprozeß . . . . .	259
III. Staatlichkeitstypische Umstände der Verfassungskraftsetzung. .	262
1. Die Vereinbarung von Verfassungsverträgen durch völker- rechtliche Abkommen. . . . .	262
a. Das Wesen des bundesstaatlichen Gründungsvertrages . . . . .	262
b. Terminologie, Methodenfragen und Kommunikation als Probleme der Verfassungswahrnehmung. . . . .	265
c. Das Entweder-Oder von Bundesstaatsgründung und völker- rechtlichem Verpflichtetsein in einem schrittweise sich vollziehenden Integrationsprozeß. . . . .	268
d. Wesen und Rechtsproblematik des einzelstaatlichen Zustimmungsaktes . . . . .	269
e. Aspekte der Bundesstaatsgründung im europäischen Integrationsprozeß . . . . .	270
2. Verfassungsreferenden im Staatlichkeitskontext . . . . .	273
a. Komponenten der Abstimmung über die Staatlichkeit: mitgliedstaatliche Beitrittsreferenden und gesamteuropäischer Verfassungsentscheid. . . . .	273
b. Beitrittsreferenden zum Bundesstaat: verfassungstheoretische Bedeutung und verfassungsrechtliche Legalität . . . . .	274

c. Ordnungsbezogene Referenden als Gründungsmoment des Gesamtstaats . . . . .	275
d. Zusammengehörigkeitsgrund und Ordnungsmodell: Probleme der Referententypisierung im europäischen Einigungsprozeß .	276
e. Politische Optionen eines plebisitären Staatsgründungsaktes und deren verfassungstheoretische Folgen . . . . .	278
IV. Staatlichkeitsfragen in abgeschichteten Integrationsprozessen . . . . .	279
1. Staatlichkeitsberührende Integrationsschritte einzelner Staaten innerhalb einer supranationalen Union . . . . .	279
2. Der Fortbestand völkerrechtlicher Bindungen im Verhältnis integrationsbereiter zu integrationsverzögernden Staaten . . . . .	279
V. Zwischenergebnis: Das Wechselspiel von Inhalt und Vorgehensweise	281
 <i>Drittes Buch: Herrschaftsformen</i> . . . . .	283
Einführung in das Dritte Buch . . . . .	283
1. Abschnitt: Staatlichkeit und Staatsform . . . . .	285
I. Zusammenhänge von Staatsform und politischem Gebundensein .	285
1. Bewußtseinsimmanente Ordnungskonzeptionen und faktische Zwänge als Faktoren der Staatsformbegründung . . . . .	285
2. Die Ebene des grundlegenden politischen Verbundenseins als Bezugspunkt der Staatsformthematik . . . . .	287
II. Demokratiedefinitionen im Kontext einer ordnungsbezogenen Staatlichkeitstheorie: Grundanliegen und Grundvoraussetzungen der demokratischen Herrschaftsform . . . . .	289
1. Die Staatsform der Demokratie als das Muster einer unmittelbar vom Volk ausgehenden Handlungslegitimation . . . . .	289
a. Ordnungsbezogene Grundlegitimität und demokratische Handlungslegitimation . . . . .	289
b. Die Irrelevanz demokratietheoretischer Neukonzeptionen für die Staatsformthematik . . . . .	290
2. Gesichtspunkte der demokratischen Handlungslegitimation im Zusammenhang des ebenenbezogenen politischen Gebundenseins	293
3. Die Rolle des demos im Demokratiekonzept . . . . .	297
a. Das Wesen des demos: die Bindung des Volkes zur staatlichen Einheit mit parlamentarisch-demokratischem Ordnungskonzept	297
aa. Das Dasein des demos als Faktum . . . . .	297
bb. Die Singularität des demos . . . . .	299
cc. Die Unentbehrlichkeit des demos als Grundfigur eines demokratiebezogenen Verfassungsdenkens . . . . .	299

b. Die Homogenität des demos: ihre Notwendigkeit . . . . .	302
c. Die Homogenität des demos: ihre inhaltlichen Momente . . . . .	304
4. Öffentliche Debatten als Essential einer parlamentarisch-demokratischen Herrschaftsform . . . . .	306
III. Autonomieansprüche nachgeordneter Hoheitsträger: ihre Zulässigkeit und ihre Grenzen aus der Sicht einer staatlichkeitsbezogenen Demokratietheorie . . . . .	308
1. Fragen der demokratischen Legitimation abgeleiteter Hoheitsstrukturen . . . . .	308
2. Die Unterscheidung von verfassungsrechtlich-ursprünglicher Staatsformmodifikation und parlamentarisch bestimmter Staatlichkeitsentfaltung . . . . .	309
a. Abgeleitete Herrschaftsstrukturen als parlamentarische Entscheidung oder als Bestandteile einer einheitsbegründenden Ordnungsidee . . . . .	309
b. Parlamentarisch bestimmte Staatlichkeitsentfaltung und verfassungsrechtlich-ursprüngliche Staatsformmodifikation: die Wege ihrer Legitimation . . . . .	312
c. Parlamentarisch bestimmte Staatlichkeitsentfaltung und verfassungsrechtlich-ursprüngliche Staatsformmodifikation: die Grenzen ihrer Legitimation . . . . .	313
3. Staatsformsichernde Autonomiebeschränkungen und deren rechtliche Umsetzung im Falle des äußeren (völkerrechtlichen) Verpflichtetseins . . . . .	320
IV. Zwischenergebnis: Zusammenhänge von Staatlichkeits- und Staatsformbestand – die Entwicklungsmöglichkeiten eines gesamt-europäischen demos und deren staatstheoretische Folgen . . . . .	326
2. Abschnitt: Staatsformentwicklung im europäischen Integrationsprozeß	327
I. Das gegenwärtige Demokratiedefizit der Europäischen Gemeinschaft als Folge zweier sich überschneidender Staatsformbegründungen . .	327
1. Die Dualität des europäischen Demokratiedefizits aus staatlichkeitsbezogener Perspektive . . . . .	327
2. Die doppelte Legitimationsbasis der EU: Erklärungswert und Erklärungsmängel der herrschenden Sichtweise . . . . .	329
II. Die Übermittlung demokratischer Legitimationspotentiale vom Mitgliedstaat in europäische Rechtsetzungs- und Entscheidungsprozesse . . . . .	331
1. Substanzverluste mitgliedstaatlicher Demokratien durch Kompetenzübertragungsvorgänge . . . . .	331
2. Integrationsbedingte Machtzuwächse der Exekutiven zu Lasten der Parlamente in den mitgliedstaatlichen Verfassungsstrukturen .	333

3. Durchbrechungen des Legitimationszusammenhangs . . . . .	335
a. . . durch Ratsbeschlüsse im Mehrheitsverfahren . . . . .	335
b. . . durch den Einfluß weiterer Organe auf den europäischen Rechtserzeugungsprozeß . . . . .	339
aa. Die Einbeziehung originär europäischer Legitimationsstrukturen: der Einfluß des Europäischen Parlaments . . . . .	339
bb. Ungebundenheit und strukturelles Ungleichgewicht: der Einfluß der Kommission . . . . .	341
cc. Die Grenzen der richterlichen Rechtsfortbildung aus der Perspektive des Staatsformbestandes: der Einfluß des EuGH	342
III. Staatsformverlust und Staatsformbegründung beim Eintritt in eine gesamteuropäische Staatlichkeit: ein Resümee zum Bestand der mitgliedstaatlichen Herrschaftsform (anhand der Kriterien über staatsformbedingte Grenzen autonom agierender Hoheitsgewalten).	343
1. Erster Gesichtspunkt: die Anordnung des Bestandes von EG und EU im Wege des parlamentarischen Zustimmungsaktes . . . . .	343
2. Zweiter Gesichtspunkt: die Festlegung von Wirkungs- und Aufgabenkreis . . . . .	344
3. Dritter Gesichtspunkt: die Zuweisung hoheitlicher Handlungsbefugnisse dem einzelnen gegenüber . . . . .	345
4. Vierter Gesichtspunkt: die Ausgestaltung der Binnenverfassung .	346
5. Fünfter Gesichtspunkt: die Einbettung der europäischen Herrschaftsstruktur in die mitgliedstaatliche Ordnungsgesamtheit . . .	348
6. Sechster Gesichtspunkt: Durchsetzungsmöglichkeiten demokratisch zustande gebrachter Entscheidungen gegenüber der europäischen Herrschaftsstruktur . . . . .	349
7. Zwischenbilanz: der gegenwärtige Bestand der mitgliedstaatlichen Staatsform . . . . .	350
IV. Die Eigenschaften einer möglichen gesamteuropäischen Staatsform .	351
1. Die Defizite der demokratischen Herrschaftslegitimation innerhalb des gesamteuropäischen Raumes im Kontext der Staatlichkeitsfrage . . . . .	351
2. Das Europäische Parlament als Kernbestandteil einer gesamteuropäischen Demokratie . . . . .	353
a. Die gegenwärtige rechtliche Stellung des Europäischen Parlamentes im Vergleich mit demokratietheoretisch mindestnotwendigen Parlamentsfunktionen . . . . .	353
aa. Seine Mitwirkungsmöglichkeiten im EG-Rechtsetzungsverfahren . . . . .	353
bb. Die Stellung des Europäischen Parlaments im Verhältnis zu den anderen EG-Organen . . . . .	356
cc. Das Enquête-Recht des Parlamentes . . . . .	358

dd. Der Einfluß des Europäischen Parlamentes auf das Budgetrecht . . . . .	359
b. Demokratietheoretische Notwendigkeiten in der Ausgestaltung des europäischen Wahlrechts, insbesondere: die Frage der Wahlrechtsgleichheit . . . . .	361
aa. Das Problem der Erfolgswertgleichheit bei Wahlen zum Europäischen Parlament . . . . .	361
bb. Wahlsystem und Demosvertretung . . . . .	364
c. Zwischenbilanz: Ansätze demokratischer Herrschaftsausübung unter der Dominanz föderativer Gestaltungsmomente . . . . .	365
3. Die Staatsformrelevanz der übrigen Gemeinschaftsorgane . . . . .	366
4. Voraussetzungen der gesamteuropäischen Demokratie: demos und demokratische Öffentlichkeit . . . . .	370
a. Gegenwärtiger Entwicklungsstand und künftige Entwicklungsmöglichkeiten eines gesamteuropäischen Volkes . . . . .	370
b. Medienstrukturen, Sprachenvielfalt und Rezipienteninteressen: die Entwicklungschancen einer gesamteuropäischen Öffentlichkeit . . . . .	371
c. Distanz und Bevölkerungszahl als staatsformbestimmende Größen . . . . .	374
V. Die Staatsformthematik nach dem Verfassungsvertrag . . . . .	376
1. Die Auswirkungen des Verfassungsvertrages auf den Verlust der mitgliedstaatlichen Demokratie, insbesondere im Hinblick auf die Rolle des Rates . . . . .	376
2. Die Auswirkungen des Verfassungsvertrages auf die Entwicklung der gesamteuropäischen Staatsform, insbesondere im Hinblick auf die Stellung und die Rolle des Europäischen Parlamentes . . . . .	379
VI. Zwischenergebnis: Rationale Staatlichkeit – Europa als Produkt des Kalküls . . . . .	382
 <i>Viertes Buch: Rechtsfolgen</i> . . . . .	385
Einführung in das Vierte Buch . . . . .	385
1. Abschnitt: Grundgesetzliche Schranken von Staatlichkeitsentäußerung und Staatsformpreisgabe . . . . .	387
I. Staatlichkeit und Staatsform im grundgesetzlichen Normengefüge .	387
1. Art. 79 Abs. 3 i. V. m. Art. 20 Abs. 1 GG als verfassungsjuristischer Bezugspunkt der Staatlichkeitsfrage . . . . .	387
2. Anknüpfungspunkte der Staatsformthematik: Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG und Art. 23 Abs. 1 Satz 3 GG i. V. m. Artt. 79 Abs. 3, 20 Abs. 1 und 2 GG . . . . .	387

3. Änderungsfeste Verfassungsinhalte und praktische Konkordanz . . . . .	390
4. Zum Verhältnis von Art. 23 und Art. 24 GG im Kontext von Staatlichkeitsverlust und Staatsformpreisgabe . . . . .	392
a. Art. 23 GG als <i>lex specialis</i> im europäischen Integrationskontext . . . . .	392
b. Schranken der Integrationsgewalt in der bundes- verfassungsgerichtlichen Judikatur zu Art. 24 GG . . . . .	393
c. Art. 23 GG als Verstärkung des Staatlichkeitsschutzes . . . . .	394
II. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit eines integrationsbedingten Staatlichkeitsverlustes . . . . .	396
1. Staatlichkeit als Schutzgut des Art. 79 Abs. 3 i. V. m. Art. 20 Abs. 1 GG . . . . .	396
a. Wesenszug und Normativität: der Ausdruck der Unverbrüch- lichkeit eines höchstrangigen Ordnungsanspruchs im geltenden Verfassungsrecht . . . . .	396
b. Die juristische Begründbarkeit eines verfassungsrechtlichen Staatlichkeitsschutzes durch Art. 79 Abs. 3 GG i. V. m. Art. 20 Abs. 1 GG . . . . .	398
aa. Erwägungen anhand des Sprachgebrauchs der Verfassung: die Verwendung der Ausdrücke „Staat“ und „Volk“, insbesondere durch Art. 20 Abs. 1 und 2 GG . . . . .	398
bb. Teleologische Auslegungsansätze: Art. 79 Abs. 3 GG i. V. m. Art. 20 GG als letztverbindliche Garantie einer konkreten Staatlichkeitsform . . . . .	402
cc. Das systematische Zusammenspiel der Grundgesetznormen: der Bestand des Staates als Schutzgut weiterer Verfassungs- vorschriften . . . . .	406
dd. Das Auslegungsfazit und dessen Bestätigung durch den Grundgesetzwortlaut . . . . .	407
2. Gestalt und Zeitpunkt der Verfassungsverletzung . . . . .	408
3. Die Vereinbarkeit des geltenden Primärrechts mit Art. 79 Abs. 3 GG i. V. m. Art. 20 Abs. 1 GG (unter Staatlichkeitsaspekten) . . . . .	411
4. Die Vereinbarkeit des „Vertrages über eine Verfassung für Europa“ mit Art. 79 Abs. 3 GG i. V. m. Art. 20 Abs. 1 GG (unter Staatlichkeitsaspekten) . . . . .	416
III. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit einer integrationsbedingten Staatsformpreisgabe . . . . .	420
1. „Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus“ als entscheidender Bezugspunkt der integrationsrelevanten Staatsformabsicherung in der Verfassungsordnung des Grundgesetzes . . . . .	420
2. Art. 23 Abs. 1 Satz 3 GG i. V. m. Artt. 79 Abs. 3, 20 Abs. 1 und 2 GG: die verfassungsrechtlichen Grenzen eines integrations- bedingten Funktionsverlustes der grundgesetzlichen Staatsform . . . . .	421

a. Qualitative und quantitative Momente des Staatsformbestandes	421
b. Die Einhaltung der verfassungsrechtlichen Grenzen durch geltendes Primärrecht und Verfassungsvertrag . . . . .	425
3. Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG: die sogenannte Struktursicherungs- klausel als Bestandsgarantie demokratischer Legitimations- zusammenhänge . . . . .	431
a. Die Erwähnung demokratischer Grundsätze in Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG: theoretische Bewandtnis und juristische Begründung . . . . .	431
aa. Der Ausdruck „demokratische Grundsätze“ als Garantie und Anspruch des grundgesetzlich eingerichteten Legitimationszusammenhang – eine These zur Neuinterpretation von Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG . . . . .	431
bb. Wortlaut, Kontext und telos: Kontrolle und Verdeutlichung der hier vertretenen These anhand der hergebrachten Verfassungshermeneutik . . . . .	433
b. Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG als Grenze der Staatsformpreisgabe (dessen konkreter juristischer Inhalt) . . . . .	435
c. Die Vereinbarkeit des geltenden Primärrechts und des geplanten Verfassungsvertrages mit den staatsformbezogenen Anforderungen der Struktursicherungsklausel . . . . .	438
d. Verfassungsrechtliche Folgen einer Verletzung der Struktur- sicherungsklausel . . . . .	440
IV. Zwischenergebnis: zur Inkongruenz von Staatlichkeits- und Staatsformverbürgung . . . . .	441
2. Abschnitt: Der Schritt in den europäischen Bundesstaat – Verfahrens- optionen und Konsequenzen aus verfassungsrechtlicher Sicht . . . . .	443
I. Verfassunggebung und Verfassungsänderung als verfassungs- rechtliche Kategorien im Kontext der Staatlichkeitsfrage . . . . .	443
II. Art. 146 GG als juristischer Weg zum Eintritt in den gesamt- europäischen Staat? . . . . .	444
1. Normauslegung unter verfassungstheoretischen Prämissen: Art. 146 GG und das Verhältnis von verfassunggebenden Akten zum Verfahren der Totalrevision. . . . .	444
a. Art. 146 GG als Schluß- und Schutzbestimmung der bundesdeutschen Verfassung . . . . .	444
b. Das Entweder-Oder von Verfassunggebung und Verfassungs- revision als Schlüsselfrage des verfassungsrechtlichen Umgangs mit Art. 146 GG. . . . .	445
c. Art. 146 GG als Ausdruck der verfassunggebenden Gewalt des Volkes? – Theoretische Implikationen und dogmatische Konsequenzen . . . . .	447

aa. Verfassungsrechtliche Implikationen: zur möglichen Verfassungswidrigkeit und Funktionslosigkeit von Art. 146 GG . . . . .	447
bb. Verfassungstheoretische Implikationen: der gedankliche Horizont der verfassungsrechtlichen Ordnung als Grenze ihres rechtlichen Inhalts . . . . .	451
d. Art. 146 GG als rechtlicher Weg zur Totalrevision des Verfassungsgesetzes . . . . .	452
e. Die Grundfrage des Art. 146 GG unter den Gesichtspunkten der methodengerechten Verfassungsauslegung . . . . .	454
f. Normgegenständliche Kontinuität und historische Sonderumstände: zur Rolle der verfassunggebenden Gewalt in Art. 146 a.F. GG . . . . .	457
g. Resümee: Juristische Funktion und verfassungstheoretische Einordnung von Art. 146 GG . . . . .	460
2. Die Irrelevanz von Art. 146 GG im Kontext der europäischen Bundesstaatsgründung . . . . .	462
III. Verfassungsreferenden als Gebot des politischen Stils . . . . .	464
IV. Rechtsfolgen des vollzogenen Bundesstaatsbeitritts . . . . .	466
1. Zum Fortgeltungsanspruch von Rechtsordnung und Verfassung nach Verlust und Übergang der Staatlichkeit . . . . .	466
a. Die Fortgeltung nationaler Verfassungsgesetze kraft europäischen Geltungsbefehls . . . . .	466
b. Bedeutungswandel und Bedeutungsverlust einzelner Grundgesetznormen . . . . .	467
c. Bruch und Kontinuität im Dasein und Wirken von rechtlicher Ordnung und verfassungsrechtlichen Institutionen . . . . .	471
2. Die Auswirkungen des Staatlichkeitsverlustes in völkerrechtlicher Hinsicht – der europäische Einigungsprozeß als künftiger Entwicklungsfaktor des zwischenstaatlichen Rechts . . . . .	473
a. Staatlichkeitsverlust und Völkerrechtssubjektivität . . . . .	473
b. Staatlichkeitsverlust und StaatenNachfolge . . . . .	475
V. Zwischenergebnis: der Wille des Staates, bestehen zu bleiben . . . . .	476
<i>Schlüsse</i> . . . . .	479
I. Gesamtresümee: Staatlichkeit als das Ziel der politischen Bindung und als die Basis der Herrschaftsform, ihr möglicher Übergang und dessen Rechtsfolgen . . . . .	479
II. „Verlust der Staatlichkeit“ – fünf weiterführende Schlußfolgerungen	483

1. Das verfassungsrechtliche Fazit: Staatsrecht in Bekundungsfunktion . . . . .	483
2. Das integrationspolitische Fazit: rechtliche Hürden und sachlicher Zwang . . . . .	484
3. Das methodische Fazit: Staatlichkeitstheorien als begrifflicher Minimalismus . . . . .	485
4. Das staatlichkeitstheoretische Fazit: Staatlichkeit als Realität . . . . .	485
5. Das normtheoretische Fazit: Geltung als ein real bedingtes und als ein abstrakt gewolltes Gebot . . . . .	486
 <i>Literaturverzeichnis</i> . . . . .	487
 <i>Sachregister</i> . . . . .	521